



LIBERALE DEMOKRATEN **- die Sozialliberalen -**

Grundsatzprogramm

Beschlossen auf dem 34. Bundesparteitag
vom 3. Dezember 2005 in Kassel

I. Grundsätze

Die *Liberalen Demokraten* stehen in der Tradition des deutschen Liberalismus. Sie verstehen sich als Erbe der bürgerlichen Revolution und ihrer Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Sie treten ein für

- Menschenwürde durch Selbstbestimmung
- Gleichberechtigung aller Menschen
- Fortschritt durch Vernunft
- Demokratisierung der Gesellschaft und
- Beteiligung aller Bürger am politischen Entscheidungsprozess
- Sicherung und Erweiterung der Bürgerrechte
- Vorurteilslosigkeit, Toleranz und Sachlichkeit im gesellschaftlichen Diskussionsprozess sowie Überschaubarkeit und Durchschaubarkeit der Strukturen und Prozesse in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen
- Schutz der Minderheiten
- Erhaltung bzw. Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen
- Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung
- Reform des Kapitalismus: Marktwirtschaft und Eigentum sind für sie Mittel zum Zweck der Wahrung und Mehrung menschlicher Freiheit und nicht Selbstzweck.
- Globalisierung als Ausdruck von Neoliberalismus lehnen sie ab

Die *Liberalen Demokraten* wollen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern politische Verantwortung übernehmen. Überzeugendes, aufrichtiges und am Gemeinwohl orientiertes Handeln soll auf politische Veränderungen Antwort geben und die notwendigen Entscheidungen voranbringen. Wir wollen vor allem rechtzeitig das Gespräch über politische Grenzen hinweg mit den Betroffenen führen, dabei auch eigene Positionen kritisch hinterfragen und Minderheiten anhören.

Herausragende Bedeutung haben für die *LD* bis heute jene liberalen Grundsätze, die in den *Freiburger Thesen* von 1971 niedergelegt sind.

II. Frieden und Sicherheit

Die Entspannungspolitik hat unser Leben sicherer gemacht. Sie ist Existenzgrundlage unseres Landes. Sie wurde von Liberalen entwickelt und durchgesetzt.

Im westlichen Bündnis muss das besondere Interesse Europas an Fortschritten zur Entspannung und Abrüstung mutig vertreten werden; wir dürfen uns nicht zum Satelliten der USA machen.

Bewaffnung und Einsatz der Bundeswehr müssen auf reine Verteidigung umgestellt werden.

Out-of-area Einsätze (Auslandseinsätze) lehnen wir nach wie vor ab.

Ziel von Abrüstungsverhandlungen muss eine Welt frei von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sein mit einer ausgewogenen Verminderung der konventionellen Rüstung. Herstellung, Erwerb und Einsatz von Massenvernichtungswaffen sowie von Geschossen mit angereichertem Uran und Anti-Personen-Minen müssen völkerrechtlich verboten werden.

Liberale Demokraten unterstützen jedes ernsthafte und ehrliche Eintreten für den Frieden. Deshalb sind wir zur Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung weiterhin bereit. Die unabhängige Friedens- und Konfliktforschung muss erhalten und weiter ausgebaut und werden.

III. Inneres, Recht und Bildung

Die hohen Ziele des Grundgesetzes sind in unserem Land noch lange nicht verwirklicht. *Liberale Demokraten* wollen das Grundgesetz in die Gesellschaft hineintragen.

Im Hinblick auf die von uns geforderte Gleichberechtigung der Frau begrüßen wir das Antidiskriminierungsgesetz und fordern die Reform des § 218 im Sinne der Fristenlösung.

Um das Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes zu gewährleisten, fordern wir die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer ohne Benachteiligung der Zivildienstleistenden gegenüber den Soldaten.

Niemand darf in einer Demokratie wegen einer rechtmäßigen politischen Tätigkeit Nachteile erleiden. Die Regelung des Zugangs zum öffentlichen Dienst ist diesem Grundsatz anzupassen.

Ein der Zeit angemessenes Zuwanderungsgesetz ist weiter zu entwickeln und Integration zu fördern.

Das Recht auf Asyl darf nicht angetastet werden. Hilfen zur Erleichterung der freiwilligen Rückkehr dürfen nur ohne Druck angeboten werden. An Staaten, in denen die Missachtung der Menschenrechte sowie Verfolgung stattfinden, darf nicht ausgeliefert werden.

Minderheiten dürfen nicht benachteiligt werden.

Im Drogenbereich ist für Süchtige Therapie an die Stelle von Strafe zu setzen.

Sondergesetze gegen sexuelle Minderheiten lehnen wir ab. Die erfolgte Streichung des §175 StGB war für uns nur konsequent. Neue Formen des Zusammenlebens sollen gleichwertige Chancen wie die alten erhalten.

Gleiche und gute Bildungschancen für alle sind nicht nur Gebote von Freiheit und Gerechtigkeit, sondern nach wie vor auch die wichtigste Zukunftsinvestition und eine der wichtigsten Ressourcen unseres Landes. Der Staat hat insbesondere über Ausgleichsabgaben und Schaffung weiterer überbetrieblicher

Ausbildungsstellen zu gewährleisten, dass für alle Schulabgänger ein zumutbarer Arbeitsplatz angeboten wird.

Ebenso muss im Hochschulbereich der Numerus Clausus überwunden werden und zwar in erster Linie durch stärkere Nutzung der vorhandenen Ausbildungskapazitäten. Kürzungen der Ausbildungsförderung lehnen wir ebenso ab wie die Gewährung als Darlehen. Für das Erststudium dürfen keine Studiengebühren erhoben werden.

IV. Umwelt und Wirtschaft

Mehrbelastungen der Umwelt und Mehrverbrauch an Energie und Rohstoffen können nicht mehr hingenommen werden; geboten sind vielmehr Entlastungen und Einsparungen. Das schränkt die Möglichkeiten für wirtschaftliches Wachstum erheblich ein. Ökologie ist Langzeitökonomie.

Zur Verbesserung der Umweltsituation fordern wir insbesondere:

- die Verschärfung der Wasserschutzbestimmungen und eine umfassende
- Gewässersanierung
- ein weltweites Verbot der Verklappung auf See
- eine Senkung der zulässigen Immissions- und Emissionswerte,
- als Sofortmaßnahme bei Großfeuerungsanlagen auf 400 mg Schwefeldioxyd je cbm Abgas,
- die Erhebung von Abgaben für den verbleibenden Schadstoffausstoß,
- ein wirksames Verkehrslärmschutzgesetz,
- die Verbandsklage,
- Umweltbilanzen zur Ermittlung der Kostenwahrheit und der Kostengerechtigkeit

Durch eine konsequente Politik der Energieeinsparung und der verstärkten Förderung alternativer Energien wollen wir den Atomausstieg weiter vorantreiben.

Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit setzen wir unter anderem auf Arbeitszeitverkürzungen und beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik und eine beschäftigungspolitische Haushalts- und Finanzpolitik.

Durch vermehrte und unbürokratische Hilfen bei der Existenzgründung und Offenheit gegenüber neuen Unternehmensformen und alternativen Produktionsweisen soll der Arbeitsmarkt entlastet werden.

Die Politik der gegenwärtigen Bundesregierung, durch Gaben an die Unternehmer die Investitionen anzukurbeln und gleichzeitig den Haushalt zu Lasten der breiten Massen zu sanieren, lehnen wir als ungerecht und unwirksam ab. Diese Politik fördert allenfalls die Rationalisierungsinvestitionen, drosselt gleichzeitig den Verbrauch und vernichtet auf beiden Wegen weitere Arbeitsplätze.

Produktivitätsfortschritte sollen künftig vorrangig in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Arbeitnehmer weitergegeben werden. Das ist in erster Linie Aufgabe der Tarifparteien.

Die Arbeitszeitordnung ist zu novellieren.

Die *Liberalen Demokraten* bekennen sich zur Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Teilhabe der Arbeitnehmer in den Betrieben und Unternehmen. Dazu gehört die Beteiligung am Produktivvermögen.

<http://www.liberalen-demokraten.de>